

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Goslar

Programm für die Wahlperiode 2016 - 2021

Schulpolitik

Die Schulentwicklungsplanung muss sofort mit Beginn der neuen Wahlperiode fortgesetzt werden.

Die gute Ausstattung und bauliche Unterhaltung der Schulen des Kreises müssen auch in Zukunft erhalten bleiben und ggf. verbessert werden. Verbesserungsbedarf gibt es vor allem in den Schulen, die der Landkreis von der Stadt Goslar übernommen hat.

Bildungspolitik ist grüne Herzenssache. Sie soll zukunftsfähig und auf Dauerhaftigkeit angelegt sein. Als Perspektive gilt der Lebenserfolg aller Schülerinnen und Schüler, einbeziehen in unsere Überlegungen müssen wir den demografischen Wandel, aber auch die Zugewinne durch Migration.

Der **Primarbereich** gehört vornehmlich zu den Aufgaben der Städte und Gemeinden. Der grüne Grundsatz lautet hier: Kleine Füße brauchen kurze Wege. Vor der Aufgabe von (zu) kleinen Grundschulen müssen Kooperationsmodelle mit den Nachbarschulen geprüft werden.

Im **Sekundarbereich I** ist der LK Goslar bisher gut aufgestellt, es gibt eine große Vielfalt an Angeboten. Der Erhalt sehr kleiner Standorte mit einzügigen Schulformen (z. B. BRL) ist in der gegebenen Form nicht zukunftsfähig; hier sollte es ein Gesamtschulangebot geben.

Bei Initiativen zu integrierter Beschulung an anderen Standorten würden wir ein entsprechendes Begehren aus der Bevölkerung unterstützen. Ebenfalls für sinnvoll halten wir eine schulische Verbindung von Primarbereich mit der Sekundarstufe I.

Grünes Ziel ist und bleibt: Eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler.

Die gymnasialen Oberstufen im **Sekundarbereich II** in Bad Harzburg, Clausthal-Zellerfeld und Seesen sind für die nächsten 10 Jahre gesichert; bei möglichen Kooperationsmodellen der Oberstufen sollte auch landkreisübergreifend gedacht werden.

Für die Stadt Goslar sehen wir mittelfristig Platz für zwei Oberstufen (Gymnasien, IGS). Über den Tag hinaus sollte über ein gemeinsames Oberstufenzentrum für alle SchülerInnen mit erweitertem Sekundarabschluss I aus der Stadt Goslar nachgedacht werden.

Das Niedersächsische Internatsgymnasium in Bad Harzburg wird auch weiterhin vom Landkreis Goslar finanziell unterstützt.

Bezüglich der Zukunft der **Berufsbildenden Schulen** begrüßen wir Grünen im Landkreis die jetzt (2015) auf den Weg gebrachte Profilschärfung in diesem Bereich. Das Konzept ergibt eine sinnvolle Beschulung an den drei Standorten Goslar-Baßgeige/Seesen, Goslar Stadtgarten und Bad Harzburg für die nächsten Jahre.

Für den Oberharz sowie für den LK Goslar und die Region besitzt die **Technische Universität Clausthal** herausragende Bedeutung. Wir sollten gemeinsam alles für den Erhalt und den weiteren Ausbau der TU tun.

Natur- und Umweltschutz/erneuerbare Energien/Klimaschutz

Dem Grünen Energieszenario für Niedersachsen und damit auch für den Landkreis Goslar liegt die Zielvorstellung einer bilanziellen Selbstversorgung zugrunde. Das heißt: Über den Zeitraum eines Jahres wird so viel Energie aus regionalen Quellen erzeugt, wie im Land/Landkreis verbraucht wird.

Wir fordern seit Langem die Aufstellung eines **Kompensationskatasters**. Daran halten wir fest und werden das auch in der nächsten Wahlperiode von der Verwaltung einfordern. Die Eingriffs-Ausgleichs-Regelung nach Naturschutz- und Baurecht gehört zu den wichtigsten operativen Instrumenten zur Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit von Natur und Landschaft. Nach Bundesnaturschutzgesetz sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die dafür in Anspruch genommenen Flächen in Kompensationsverzeichnissen zu dokumentieren. Die Durchführung festgesetzter Kompensationsmaßnahmen, z. B. regelmäßige Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen und wiederkehrende Untersuchungen im Rahmen der Erfolgssicherung, sind vom Planungsträger zu veranlassen und von den Zulassungs- und Naturschutz-behörden zu kontrollieren.

Wir streben den Erlass einer **Gehölzschutzsatzung** an.

Die Massentierhaltung lehnen wir grundsätzlich ab.

Klimaschutz heißt für uns neben den Handlungsfeldern **Energie-Einsparung** und **Energie-Effizienz**, die auf vielen Ebenen von Bürgern, Unternehmen und Kommunen noch umgesetzt werden müssen, **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Die derzeitige Energieerzeugung von Strom und Wärme erzeugt neben dem Verkehr die meisten klimaschädlichen Gase. Im Landkreis sind die möglichen Windkraftstandorte mit guten Verträgen für die regionale Wertschöpfung zu entwickeln. Der Bau von Freiflächenanlagen zur Erzeugung von Solarstrom sollte zuerst auf den vielen Haldenflächen und schwermetallbelasteten Flächen des Landkreises erfolgen und nicht mehr auf Ackerflächen. Das sogenannte Kalte Feld (Bad Harzburg und Goslar) wäre für die Errichtung eines Solarkraftwerkes bestens geeignet.

Im Landkreis Goslar soll die Bioenergie naturverträglich erzeugt werden. Dazu soll sie aus Ernterückständen, Futterresten und unter der Verwendung von Wildpflanzen und Blühgräser gewonnen werden.

Wir Grünen wollen eine **Divestment-Strategie** fahren, d. h. der Rückzug aus allen Anleihen/Aktien/Anlagevermögen von Firmen des fossilen Energiesektors, des Landkreises (und deren Kommunen) gehört für uns dazu und stellt einen großen Teil des Haushaltes, u. a. Pensionsrückstellungen, auf zukunftssichere Füße. Einen entsprechenden Antrag hat die grüne Kreistagsfraktion bereits eingebracht. Selbstverständlich darf der Landkreis Goslar auch nicht in Rüstungsbetriebe investieren.

Durch unsere Aktivitäten im Kreistag wurde beim Landkreis ein **Klimaschutzmanagement** installiert. Dies ist ein erster Schritt für mehr Klimaschutz im Landkreis.

Fremdenverkehr/Tourismus/ÖPNV

Wir wollen eine Vernetzung des Kreises mit den angrenzenden Kommunen zu einer gemeinsamen **Fahrradregion**. Aber auch zwischen den Kommunen des Landkreises.

Das Hauptreisemotiv der Harztouristen ist nach wie vor „das Erleben von Natur“. Diese Stärken gilt es auszubauen durch

- Weiterentwicklung und Stärkung des Naturparks Harz
- Stärkung des länderübergreifenden Nationalpark Harz
- Alle Investitionen haben dem Nachhaltigkeitsgesichtspunkt zu genügen (gutes Beispiel: Baumwipfelpfad in Bad Harzburg)
- Frühzeitige Beteiligung von Naturschutzverbänden, möglichst schon in der Planungsphase von Investitionen im Tourismus
- Der Wintertourismus wird sukzessive durch andere Erholungsformen bzw. sportliche Angebote wie Mountainbikefahren und Nordic Walking u. a. ersetzt
Kein weiterer Ausbau in Wintersportstätten (Ski alpin)
- Aufgrund der touristischen Umstrukturierung gibt es nach wie vor zahlreiche insolvente Betriebe, die am Markt nicht mehr mithalten können. Zahlreiche leerstehende Hotels sprechen eine deutliche Sprache. Die auf diese Weise freiwerdenden Flächen (Beispiel: Harzburger Hof in Bad Harzburg) sind vorrangig für neue touristische Infrastruktur zu verplanen, anstatt auf der grünen Wiese neuen Flächenverbrauch zu produzieren.
- Selbstverständlich wollen wir das Weltkulturerbe im Oberharz weiter fördern und weiterentwickeln.
- Die Verkehrsentwicklung hat sich den touristischen Bedürfnissen anzupassen. Zu fördern ist nicht weiterer Individualverkehr, sondern gut vernetzte öffentliche Verkehre.

Die **Entwicklung des ÖPNV** ist in einem Landkreis mit rückläufigen Bevölkerungszahlen ein wichtiges Handlungsfeld. Das strategische Ziel für neue Mobilitätskonzepte, z.B. einen **Hatix-Verbund** (Harz-Verbund-Ticket) für den ganzen Harz zu installieren, wurde auf der ersten Zukunftskonferenz 2007 des Landkreises benannt. Die rechtlichen Bedingungen wurden nun von der rot-grünen Landesregierung nach drei Jahren ermöglicht. Die Verwaltung, alle Fraktionen des Kreistages und die Busunternehmen würden sofort mit der Umsetzung beginnen, wenn die Räte der Städte und Gemeinden mit beschließen würden. In Goslar hat sich der Stadtrat dagegen entschieden und in Braunlage fürchtet man, dass es bei einer Erhöhung des Gästebeitrages, eine Grundlage der Finanzierung des Hatix-Systems, noch mehr nicht angemeldete Übernachtungszahlen gäbe. Günstig für alle wird es nur, wenn alle Städte und Gemeinden mitmachen. Dies Handlungsfeld bedarf also noch Überzeugungsarbeit. Das Harzer-Urlaubs-Ticket, kurz Hatix genannt, soll Touristen freie Fahrt auf allen öffentlichen Buslinien des Harzes ermöglichen.

Grüne des Kreistages und des Oberharzes haben sich in den Beteiligungsrunden zum **Südniedersachsenprogramm für den Schwerpunkt Mobilität** (virtuelle Mobilität und regionale Mobilitätskonzepte) eingesetzt. Hier drängen wir auf konkrete Umsetzung.

Auch im Arbeitskreis ÖPNV des Landkreises setzen wir uns für neue Konzepte im und zum Nahverkehrsplan des ZGB ein.

Wir möchten sichere und barrierefreie Wege und Straßen in allen Städten und Gemeinden des Kreises.

Der weitere Ausbau der E-Mobilität schreitet voran. Es fehlt jedoch eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Wenn E-Mobilität, dann aber mit Ökostrom!

Sozial- und Finanzpolitik

Ziel unserer Politik im Kreis ist ein ausgeglichener Haushalt. Die freiwilligen Ausgaben des Kreises müssen aber auch angesichts der schlechten Haushaltslage weiterhin möglich sein, denn viele soziale Einrichtungen sind auf Unterstützung angewiesen. Auch der Bildungssektor fällt teilweise unter die sogenannten freiwilligen Ausgaben: Kreismusikschule, Kreisvolkshochschule ...

Wir stehen für Inklusion. Die Rahmenbedingungen jedoch müssen einfach stimmen. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen auch auf Landesebene ein.

Wir befürworten die interkommunale Zusammenarbeit, lehnen die „Entdemokratisierung“ von öffentlichen Aufgaben jedoch entschieden ab.

Wir wollen auch in Zukunft **keine Privatisierung öffentlicher Betriebe!**

Gesundheitspolitik

Wir fordern eine bessere Versorgung mit Hausärzten in allen Städten und Gemeinden des Kreises. Die Grundversorgung muss überall sichergestellt sein.

Wir möchten eine Verbesserung der ärztlichen Notversorgung.

Erweiterung der Ausbildung in Kranken- und Altenpflege

Erhalt aller bestehenden Krankenhäuser im Kreis

Wiederanerkennung der Kliniken als Lehrkrankenhäuser in Zusammenarbeit mit der Uni Göttingen

Qualitätssicherung in allen Krankenhäusern muss sichergestellt sein.